©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszellen

SEEV GOSHEN

EICHMANN UND DIE NISKO-AKTION IM OKTOBER 1939

Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der „Endlösung"*

Bei seinem unhaltbaren Versuch, Hitler von der Verantwortung für den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden reinzuwaschen[1], hat sich David Irving vornehmlich auf eine Notiz Himmlers über ein Telefongespräch mit Heydrich am 30. November 1941 gestützt. Dieses Dokument vermochte ganz und gar nicht die These Irvings zu stützen, ließ aber, neben anderen, längst bekannten Zeugnissen und Fakten, erneut erkennen, daß es bei der Durchführung der Deportationen und bei den Mordaktionen, wie überhaupt in der Praxis der nationalsozialistischen Judenpolitik, zeitweilig erhebliche regimeinterne Informations- und Koordinationsdefizite gegeben hat.

Aus solchen Gründen bleibt es für die Forschung, auch wenn sie – was ganz überwiegend der Fall ist – davon ausgeht, daß Hitler die treibende Kraft der nationalsozialistischen Judenpolitik gewesen ist, eine Aufgabe, die Struktur und Genesis dieser Politik in noch ungenügend erforschten Bereichen gründlicher zu untersuchen. Die unbezweifelbare Tatsache des fanatischen nationalsozialistischen Antisemitismus und besonders die Fixierung Hitlers auf eine radikale „Lösung der Judenfrage" geben noch keine Auskunft darüber, wie und unter welchen Bedingungen die sog. „Endlösung" schließlich ins Werk gesetzt wurde. Wenn der neuernannte Reichsinnenminister Frick schon im Februar 1933 erklärte, „der Name Hitler ist genug (nationalsozialistisches) Programm"[2], so galt das in der Folgezeit in besonderem Maße für die Judenpolitik. Aber es bleibt gleichwohl zu fragen, welches die entscheidenden Etappen der Durchführung dieses „Programms" waren, und auch, inwieweit erst aus einer bestimmten späteren Situation heraus jene mörderische Konkretisierung des Endlösungsprogramms stattfand; zumindest bis 1939 war ja, nach allem was wir wissen, die NS-Judenpolitik zwar schon auf das Ziel abgestellt, Deutschland „judenfrei" zu machen, aber noch nicht – wenigstens noch nicht planvoll und bewußt – auf physische Vernichtung.

Schon für die Zeit bis 1939 gab es insofern keine völlig einheitliche nationalsozialistische Judenpolitik, als viele Nationalsozialisten in allen möglichen Rängen des Staa-

* Die Beiträge von Seev Goshen und Christopher Browning führen eine Diskussion weiter, zu deren kontroversieller Auswirkung zunächst das Buch „Judenpolitik im Dritten Reich" (Düsseldorf 1972) von Uwe Dietrich Adam, dann die Studie „Hitler und die Genesis der Endlösung (VfZ, 25. Jg., 1977, S. 739–775) von Martin Broszat Anlaß gegeben haben. Die Erörterung soll durch weitere Beiträge fortgesetzt werden. K. D. Bracher/H.-P. Schwarz

[1] Vgl. David Irving, Hitler's War, London 1977.

[2] Vgl. Frankfurter Zeitung, 21. 2. 1933.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tes und der Partei die tödliche Ernsthaftigkeit des rassistischen Judenhasses des „Führers" nicht erkannten. Bei Hitler trat dabei auch ein ambivalenter Grundzug der Entscheidungsbildung in Erscheinung, der sich logisch nicht ohne weiteres widerspruchsfrei erklären läßt, aber doch aufgrund der Evidenz der Fakten und Dokumente nicht zu übersehen ist. Zum Wesen des Weltanschauungspolitikers Hitler, der sowohl fanatischer Ideologe wie geschickter, opportunistischer Taktiker war, gehörte es, daß er Entscheidungen in wichtigen Weltanschauungsfragen erst fällte, d. h. aber auch bisher allgemein gehaltene ideologische Zielsetzungen erst konkretisierte, wenn ihm die Zeit für ihre praktische Realisierung reif schien, daß er aber ungeduldig auf wesentliche Lageveränderungen hinarbeitete, um solche Entscheidungen zu ermöglichen.

Mit Recht ist unter diesem Gesichtspunkt auch im Zusammenhang mit der Judenpolitik auf die entscheidende Zäsur des Kriegsbeginns hingewiesen worden[3]. Der Krieg wurde für Hitler zu einer qualitativ neuen Lage, die es im Rahmen der allgemeinen Akkumulation und ideologischen Sanktionierung massenhafter tödlicher Gewaltsamkeit nun erlaubte, die bisher nur potentielle tödliche Konsequenz des fanatischen nationalsozialistischen Judenhasses bewußt zu bejahen, zu wollen und in mörderische Praxis umzusetzen. Der Krieg war von Hitler nicht nur gewollt als Möglichkeit militärischer Machterweiterung, sondern auch als Vehikel zur „Beschleunigung" der Realisierung ideologischer Postulate. Die abstrakte Unterscheidung zwischen dem „Strategen" Hitler, der systematisch plante und fertige Vorstellungen über ideologische Endziele Stufe um Stufe zu verwirklichen suchte, und dem „Improvisator" Hitler, der erst im Lichte realer Möglichkeiten über die Praxis-Verbindlichkeit der theoretischen Weltanschauung konkret entschied, fällt unter diesem Gesichtspunkt als nur scheinbarer Widerspruch weitgehend in sich zusammen.

Geht man davon aus, daß der Krieg für die nationalsozialistische Judenpolitik eine quantitativ und qualitativ neue Konstellation bedeutete, so fragt sich auch, ob die kontroversen Thesen zur Datierung des Beginns des Endlösungs-Programms (schon im Sommer 1941 oder erst gegen Ende 1941) nicht an der Sache vorbeigehen, ob dadurch nicht eher verdeckt wird, daß sich die Entschlußbildung Hitlers und der in der Judenpolitik hauptsächlich federführenden Organe des NS-Regimes höchstwahrscheinlich nicht auf ein mehr oder weniger punktuelles Datum zurückführen läßt, vielmehr vermutlich eine allmähliche, prozeßhafte „Heranreifung" dieser Entschlüsse anzunehmen ist.

Einen qualitativen „Sprung" bedeutete der Kriegsbeginn für die nationalsozialistische Judenpolitik schon insofern, als der bisher – in verstärktem Maße seit der „Reichskristallnacht" – verfolgten Politik der forcierten oder erzwungenen Auswanderung infolge der bald überall geschlossenen Grenzen kaum noch Möglichkeiten offenstanden. Deshalb ventilierten die zuständigen Stellen schon unmittelbar nach dem Ende des Polenfeldzuges, noch ehe nach dem Frankreich-Krieg das Madagaskar-Projekt vorübergehend eine freilich nur theoretische Bedeutung erlangte, die Deporta-

[3] Vgl. u. a. Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969, S. 432f., und Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 58ff.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion nach den östlichen Gebieten des besetzten polnischen Territoriums als neue Möglichkeit.

Bei der folgenden Studie über die im Oktober 1939 erfolgte Deportation einiger Tausend Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz in das „Lager" Nisko in der ehemaligen polnischen Wojewodschaft Lublin geht es um den ersten und maßgeblich von Adolf Eichmann forcierten Versuch einer solchen Deportation. Die nähere Betrachtung des Versuchs ist vor allem geeignet, Befehlsgebung und Kompetenzverteilung in dieser Phase nationalsozialistischer Judenpolitik zu erhellen. Sie wird darüber hinaus Gelegenheit geben, in Frage zu stellen, ob die 1939 begonnene Phase der Deportationsexperimente sich von der späteren Phase der – ebenfalls mit Deportation verbundenen – Vernichtungspolitik reinlich scheiden läßt. Daran knüpft sich die weitere Frage, ob die vorausgegangenen nationalsozialistischen Maßnahmen zur Forcierung oder Erzwingung der Auswanderung der Juden tatsächlich als *die* bis Kriegsbeginn geltende Zielsetzung nationalsozialistischer Judenpolitik angesehen werden können oder ob sich diese Zielsetzung nicht vielmehr schon vor 1939 mit anderen Intentionen überkreuzte.

Nach der „Reichskristallnacht" wurden 1938/1939 im Befehlsbereich der Sicherheitspolizei und des SD nacheinander in Wien, Prag, Berlin, Frankfurt, Breslau und Mährisch-Ostrau „Zentralstellen für jüdische Auswanderung" errichtet, außerdem entstand aufgrund einer Verordnung Görings vom 24. Januar 1939 die „Reichszentrale für jüdische Auswanderung" in Berlin. Schon die Bezeichnung dieser Zentralstellen muß den Eindruck erwecken, als habe sich das Endziel nationalsozialistischer Judenpolitik damals noch auf die Entfernung der Juden aus Groß-Deutschland beschränkt. Jedoch müssen zwei Vorbehalte gemacht werden:

1. Gewiß wurde zwischen 1933 und 1939 die Auswanderung von Juden vom NS-Regime gewünscht und toleriert; zeitweise schien es sogar, als fördere das Regime eine quasi zionistische Lösung. Betrachtet man die NS-Judenpolitik in dieser Zeit in ihrer Gesamtheit, so läßt sich gleichwohl kaum die These aufrechterhalten, daß die vielfältigen Aktionen der Diskriminierung und progressiven Enteignung der Juden nur dem Ziel der Auswanderung gedient hätten. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß das Regime die Auswanderung – sieht man ab von einigen kurzlebigen Transferabkommen – keineswegs systematisch und mit dem ihm möglichen Nachdruck betrieben hat.
2. Der Kampf gegen die Juden hatte für das NS-Regime schon vor 1939 nicht nur funktionale Bedeutung im Zusammenhang mit der Auswanderung, sondern darüber hinaus einen ideologisch motivierten Selbstzweck. Dementsprechend kollidierte auch schon vor 1939 das begrenzte Ziel, Deutschland judenfrei zu machen, mit dem umfassenderen Ziel eines weltweiten Kampfes gegen das Judentum, wie ihn die NS-Propaganda immer wieder forderte. In gewisser Weise sollte auch die Auswanderung der deutschen Juden diesem umfassenderen Ziel dienen. Wäre es dem nationalsozialistischen Regime nur darum gegangen, die deutschen Juden so schnell wie möglich loszuwerden, hätte es sich national und international in der Judenfrage sicher anders verhalten. Bezeichnend ist, daß sich Hitler von der Flucht

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Austreibung vorher mittellos gemachter Juden, deren Aufnahme im Ausland naturgemäß erhebliche Schwierigkeiten bereiten mußte, eine ihm willkommene Stärkung des Antisemitismus auch im Ausland erhoffte. Ein Anwachsen des Antisemitismus im Ausland, das Hitler bewußt seit 1938 mit besonderem Nachdruck auch auf diplomatischer Ebene förderte, mußte aber logischerweise dem Ziel einer reibungslosen Politik zur Förderung jüdischer Auswanderung im Wege stehen.

Allein diese Hinweise zeigen, daß es zu einfach wäre, den Nationalsozialisten zu attestieren, sie hätten bis zum Kriegsausbruch nur die Absicht verfolgt, Deutschland judenfrei zu machen, und erst später eine grundsätzlich andere Lösung angestrebt. Eine auf die Förderung jüdischer Auswanderung beschränkte nationalsozialistische Politik hätte sich nicht mit der von Hitler immer wieder beteuerten weltanschaulichen Prämisse in Einklang bringen lassen, daß „der Jude" der Weltfeind der gesamten arischen Rasse sei und es hierbei um einen weltweit zu führenden Kampf gehe.

Betrachtet man aber die praktische Judenpolitik des NS-Regimes, so zeichnen sich gleichwohl Stufen der Radikalisierung ab, und man kann nicht ohne weiteres davon ausgehen, daß die letzte Stufe, die physische Vernichtung, von vornherein geplant gewesen und nur zeitweilig verborgen gehalten worden sei. Umgekehrt wird man im Blick halten müssen, daß die schrittweise Radikalisierung, die sich zwischen 1938 und 1941 vollzog, von der forcierten Auswanderung zur Deportation und von der Deportation zur Vernichtung, mit unheimlicher Logik einer Tendenz folgte, die, wenn auch ihrer Konsequenzen nicht voll bewußt, in dem fanatischen und umfassenden weltanschaulichen Judenhaß der Nationalsozialisten, und zumal Hitlers, von Anfang an angelegt war.

Das Experiment der Deportation nach Nisko, das Adolf Eichmann 1939 unternahm, bildet nur einen kleinen Ausschnitt aus jener wichtigen Phase des Übergangs von der Auswanderungs- zur Endlösungspolitik. Es läßt aber charakteristische Strukturmerkmale dieser Politik und vor allem die Ambivalenz der Zielsetzung (Deportation mit dem Ziel der Schaffung eines Reservats oder Abschiebung, um den Untergang der Deportierten zu bewirken) bereits erkennen.

Die eigentliche Karriere von Adolf Eichmann, der bisher als Referent für die Judenfrage im SD-Hauptamt nur mehr oder weniger theoretisch mit jüdischen Angelegenheiten befaßt gewesen war, begann unmittelbar nach dem „Anschluß" Österreichs, als er, offenbar auf Vorschlag des in Wien eingesetzten und wie Eichmann aus Österreich stammenden Sicherheitspolizeichefs Dr. Stahlecker, zum Leiter der neuen „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" (der ersten dieser Zentralstellen) berufen wurde. In dem kürzlich erschienenen Buch von Herbert Rosenkranz[4] ist ausführlich dokumentiert, mit welch forschem Selbstbewußtsein und zynischem Erfindungsreichtum Eichmann sich in seiner neuen Stelle zum gefürchteten Herrn der österreichischen Juden aufschwang. Um sich in dem neuen Amt zu profilieren, war Eichmann von Anfang an bestrebt, die zum Schein aufrechterhaltene und aus Zweckmäßigkeitsgrün-

[4] Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien 1978.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den vereinheitlichte und zentralisierte Selbstverwaltung der österreichischen Juden voll für ein forciertes Programm schneller jüdischer Auswanderung einzusetzen. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges hatten infolge dieser Politik etwa zwei Drittel der ursprünglich rund 180000 österreichischen Juden das Land verlassen. Durch Kontakte mit zionistischen Organisationen und durch die Nutzung der von ihnen organisierten illegalen Wege (mit Donauschiffen ins Schwarze Meer und von da aus nach Palästina) suchte er auch noch nach Beginn des Krieges dem Ziel, Österreich judenfrei zu machen, näherzukommen. Die besonderen Bedingungen, die in Österreich unter dem Regime des Reichskommissars Bürckel herrschten, kamen der von Eichmann auf rabiate Weise vorangetriebenen Abschiebung der Juden ebenso zugute wie die Beziehungen zum Wiener Chef der Sicherheitspolizei, Dr. Stahlecker. Als Ende Januar 1939 in Berlin die Reichszentrale für jüdische Auswanderung eingerichtet wurde, deren Geschäfte – unter der nominellen Befehlsführung von Heydrich bzw. Gestapochef Müller – durch Dr. K. Lischka geführt wurden, galt das Wiener Büro Eichmanns bereits als Musteramt. Aufgrund seiner Wiener Verdienste wurde Eichmann zum SS-Hauptsturmführer befördert und – nach Errichtung des Protektorats – im Juli 1939 unter Beibehaltung des Wiener Amtes zum Leiter der jetzt auch in Prag errichteten „Zentralstelle" ernannt. Schon daran zeigt sich die ihm schnell zuteil gewordene Anerkennung als bewährter Praktiker und Experte für Fragen der jüdischen Auswanderung. Als sein ständiger Vertreter in Prag – und faktischer Amtschef – fungierte SS-Obersturmführer Rolf Günther.

Im Protektorat stieß Eichmann aber auf eine andere Situation als in Wien. Obwohl auch die – stärker als in Wien zionistisch orientierten – Prager Juden „auswanderungsbereit" waren, boten sich im Sommer 1939 kaum noch Auswanderungsmöglichkeiten. Seit Kriegsbeginn war dann auch die illegale Einwanderung nach Palästina (Allija bejt) zusätzlich behindert, und zwar dadurch, daß die auf Kriegsstärke gebrachte britische Flotte im Mittelmeer die Überwachung der Küsten verschärfte und fast alle illegalen Schiffe aufbrachte.

Zur gleichen Zeit aber hatten der Krieg in Polen, die Ende September 1939 zwischen Deutschland und der Sowjetunion vereinbarte territoriale Aufteilung des Landes, die verwaltungsmäßige Aufgliederung des in das deutsche Interessengebiet fallenden polnischen Territoriums und die Ablösung der deutschen Militärverwaltung durch eine von Repräsentanten der Partei geleitete „Zivilverwaltung" neue Voraussetzungen für umfassende rassen- und volkstumspolitische „Flurbereinigungen" geschaffen. Dabei standen sich von vornherein zwei Gesichtspunkte und „Probleme" im Wege. Das neugewonnene Territorium im Osten, vor allem das zunächst nicht für eine Germanisierung und förmliche Annexion durch das Reich in Aussicht genommene „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete", schien ein willkommener „Abschiebungsraum" für die im „Großdeutschen Reich" noch lebenden Juden und andere „unerwünschte" Elemente (Zigeuner, Asoziale etc.). Schon am 28./29. September 1939, unmittelbar nachdem das Abkommen mit der Sowjetunion über die Aufteilung Polens abgeschlossen worden war und Hitler in einer Serie von Gesprächen mit Himmler, Rosenberg und den Gauleitern im Osten erste Richtlinien für die

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„volkstumspolitische" Gestaltung der neuen Gebiete gab, visierte er – wie Rosenbergs anschließende Tagebuchaufzeichnung bestätigt – das Ziel an, in dem Gebiet „zwischen Weichsel und Bug das gesamte Judentum (auch aus dem Reich) sowie alle sogenannten unzuverlässigen Elemente" unterzubringen[5].

Schon zwei Wochen vorher, am 14. September 1939, hatte Heydrich in einer Amtschefbesprechung im RSHA in bezug auf das „Judenproblem in Polen" bemerkt: „Dem Führer werden vom Reichsführer [Himmler] Vorschläge unterbreitet, die nur der Führer entscheiden kann, da sie auch von erheblicher außenpolitischer Tragweite sein werden"[6].

Am 21. September 1939 konnte Heydrich in einer erneuten Besprechung mit den Amtschefs und den Leitern der im rückwärtigen Heeresgebiet in Polen tätigen Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD mitteilen, die „Judendeportation in den fremdsprachigen Gau" – gemeint war das Generalgouvernement – sei „vom Führer genehmigt". Auf diese Besprechung, an der auch Eichmann teilnahm, wird noch zurückzukommen sein.

Auch in der am folgenden Tage (22. 9. 1939) stattfindenden Unterredung mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, erwähnte Heydrich den Plan, „bei Krakau einen Judenstaat unter deutscher Verwaltung zu errichten, in dem auch andere unerwünschte Elemente aufgenommen werden sollen"[7].

Wenn zu diesem Zeitpunkt das Gebiet, in das man die Juden aus den alten und neuen Reichsgebieten abzuschieben gedachte, noch sehr vage als irgendein Teil des „fremdsprachigen Gaues" (des späteren Generalgouvernements) bezeichnet wurde, so vor allem, weil noch nicht sicher war, wie die Grenze zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Gebiet in Polen definitiv abgesteckt werden würde. Als dies am 28. September 1939 in dem deutsch-sowjetischen Grenzvertrag geschehen war und die Sowjets überraschend auch die Wojewodschaft Lublin den Deutschen überließen, konzentrierte sich auf diesen südöstlichen Teil des späteren Generalgouvernements die Vorstellung, hier so etwas wie ein „Reichsghetto" für die Juden zu bilden. Schon bei der Amtschefbesprechung am 29. September 1939 sprach Heydrich davon, daß „in dem Raum hinter Warschau und um Lublin ein ‚Naturschutzgebiet' oder ‚Reichs-Ghetto' geschaffen werden soll, in dem all die politischen und jüdischen Elemente untergebracht werden, die aus den künftigen deutschen Gauen ausgesiedelt werden müssen"[8].

Alle diese Projektionen der beabsichtigten völkischen Flurbereinigung standen wohl noch unter dem Vorbehalt, daß es mit England und Frankreich nicht doch noch zu Verhandlungen kommen würde. Nicht zuletzt deswegen hielt man damals noch die Idee eines polnischen Reststaates aufrecht. Erst als der „Friedensappell" Hitlers vom 6. Oktober 1939 ohne Reaktion bei den Westmächten blieb, erhielten die Planungen

---

[5] Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, Göttingen 1959, Eintragung vom 29. 9. 1939.

[6] Protokolle der Amtschefbesprechungen im RSHA vom 7. September bis 14. Oktober 1939, in: SD-Hauptamt/Stabskanzlei, Institut für Zeitgeschichte, MA 433, S. 8498ff.

[7] Akten der Abt. z. b. V. des Generalstabes des Heeres, Mikrofilm im Institut für Zeitgeschichte.

[8] Vgl. Anm. 6.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowohl in bezug auf die administrative Gestaltung der deutschen Herrschaft in Polen als auch in bezug auf die völkische Flurbereinigung definitivere Form. Am 7. Oktober 1939 unterzeichnete Hitler den Geheimerlaß, mit dem Himmler zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums ernannt und mit der Ausschaltung volksfremder und unerwünschter Elemente in den neuen Ostgauen beauftragt wurde. Am 12. Oktober wurde das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete mit Hans Frank als Generalgouverneur (und Seyß-Inquart als Stellvertreter) offiziell errichtet. Unverblümt konnte Hitler am 17. Oktober 1939 auch gegenüber dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht zur Erklärung der Notwendigkeit, die Militärverwaltung in Polen durch eine sogen. Zivilverwaltung abzulösen, die schon vorher gefaßten Beschlüsse zur völkischen Flurbereinigung bestätigen: es gelte, „das alte und das neue Reichsgebiet zu säubern von Juden, Polacken und Gesindel"[9].

Diese von höchster Stelle seit September 1939 mehrfach wiederholten Absichtserklärungen bildeten den Hintergrund auch für die Nisko-Aktion Eichmanns, nachdem dieser, wie schon ausgeführt, nach Beginn des Krieges registrieren mußte, daß auf dem Wege der legalen oder illegalen Auswanderung die Zahl der Juden im Zuständigkeitsbereich seiner beiden Zentralstellen in Wien und Prag kaum noch nennenswert verringert werden konnte.

Eichmann hatte an der Amtschefbesprechung im RSHA am 21. September 1939 teilgenommen. Das am 27. September über diese Besprechung gefertigte Protokoll mit Teilnehmerliste weist ihn als letzten, 15. Teilnehmer aus, was seinem vergleichsweise niedrigen Rang entsprach. Daß er überhaupt zu einer Besprechung hinzugezogen wurde, die sich ausschließlich mit Maßnahmen im besetzten Polen befaßte, bestätigt allerdings die allgemeine Expertenrolle für Fragen der Auswanderung oder Abschiebung der Juden, in die er, unabhängig von seiner Kompetenz für die Zentralstellen in Wien und Prag, bereits gelangt war.

Die Judenfrage war nur eines von mehreren Themen, über die Heydrich bei der Besprechung in Berlin berichtete, und was er hierzu sagte, war – sofern man von dem sechs Tage später verfertigten Stichwortprotokoll ausgehen kann – z. T. recht unklar und nicht gerade ein Zeugnis präziser Information. Heydrich sprach von dem geplanten „fremdsprachigen Gau" (= Generalgouvernement) mit Krakau als Hauptstadt, als dessen Leiter wahrscheinlich Seyß-Inquart vorgesehen sei; er wußte also noch nichts von der bereits erfolgten Ernennung Hans Franks. Besonders vage und schwerverständlich ist die Protokollpassage

> „die Judendeportation in den fremdsprachigen Gau, Abschiebung über die Demarkationslinie ist vom Führer genehmigt".

Waren hier zwei Stadien einer Aktion – erst Deportation in das Generalgouvernement, dann Abschiebung über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie – gemeint oder alternative bzw. parallele Aktionen? Ist es vorstellbar, daß Hitler, dem damals noch viel an ungetrübten Beziehungen mit der Sowjetunion lag, glaubte, die tatsächlich versuchte Abschiebung von Gruppen polnischer Juden über diese Demarkations-

[9] Nürnberger Dokument PS-864.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

linie zu einer Massenaktion der Abschiebung ausweiten zu können? Betrachtete Heydrich selbst dies als eine reale Möglichkeit?

Ebenso unpräzise ist am Schluß des Protokolls die von Heydrich verfaßte „Zusammenfassende Anwendung" formuliert. Wir lesen hierin:

„a) Juden so schnell wie möglich in die Städte
b) Juden aus dem Reich nach Polen
c) die restlichen 30000 Zigeuner auch nach Polen
d) Systematische Ausschickung der Juden aus den deutschen Gebieten mit Güterzügen ..."

Mit „Polen" war wohl „fremdsprachiger Gau" gemeint. Punkt d) bezog sich offenbar auf die für eine Eindeutschung und Eingliederung in das Reich vorgesehenen ehemals polnischen Westgebiete, sonst wäre Punkt b) kaum verständlich.

Daß es sich schließlich nicht um eine „Anordnung" im eigentlichen Sinn, sondern um eine Mitteilung von allgemeinen Richtlinien handelte, geht aus dem Schnellbrief Heydrichs hervor, der am gleichen Tage den Amts- und Einsatzgruppenchefs übersandt wurde. Dieser Schnellbrief, dessen Wortlaut ein wenig mehr Verwaltungsroutine verrät, befaßt sich nur mit den geplanten antijüdischen Maßnahmen. Er erläutert und konkretisiert die Richtlinien. Die Präambel unterscheidet zwischen dem „streng geheim zu haltenden Endziel" der „geplanten Gesamtmaßnahmen" und den vorgesehenen Abschnitten der Verwirklichung. Der detaillierte Schnellbrief weist darauf hin, daß bei den Maßnahmen zur Abschiebung der Juden wirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen seien und eine Abstimmung mit der zivilen und militärischen Verwaltung erfolgen müsse, daß es einer gründlichen Vorbereitung auch der „Sofortaktionen" bedürfe, Überlegungen über die praktischste Form der Durchführung durch die Einsatzgruppenchefs anzustellen seien und über den Stand der Vorbereitung eine laufende Berichterstattung zu erfolgen habe.

Auch dieser Schnellbrief ordnete – abgesehen von statistischen und anderen Erhebungen – noch nicht die Ingangsetzung von Aktionen an, sondern wollte lediglich ihre Durchführung in nächster Zukunft sicherstellen. Dabei waren die Chefs der Einsatzgruppen sogar ausdrücklich angewiesen, auch vor der Durchführung „unproblematischer Einzelmaßnahmen" an den Chef der Sicherheitspolizei (Heydrich) zu berichten und seine Genehmigung einzuholen (vgl. Punkt III.4). Sogar die in der mündlichen Besprechung am 21. September getroffene Feststellung Heydrichs, in den besetzten polnischen Gebieten sei „der jüdische Kleinsiedler" innerhalb der nächsten 3 bis 4 Wochen in die Städte zu verbringen, erscheint in dem Schnellbrief nur als allgemeine Richtlinie und unter dem Vorbehalt der Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen. Schließlich aber vor allem: Der Schnellbrief erwähnte nicht die – auch im Protokoll der Sitzung nicht vermerkte, wohl aber in der diesem Protokoll beigegebenen vertraulichen „Zusammenfassenden Anweisung" genannte – systematische „Ausschickung" von Juden „in Güterzügen". Der Grund scheint gewesen zu sein: Diese geplante „Ausschickung" war das – damals noch „bescheidene" – Endziel, das streng geheimgehalten werden sollte, sowohl aus außenpolitischen Gründen wie vor allem, um jede

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Panik unter den Betroffenen zu vermeiden, zumal Himmler als künftiger „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" aus den „eingegliederten Ostgebieten" ja nicht nur die Juden, sondern auch Polen nach dem Generalgouvernement abschieben wollte – „Juden und Polacken", wie Hitler sich Keitel gegenüber am 17. Oktober 1939 ausdrückte.

Wie „bescheiden" dieses damalige Endziel tatsächlich war, muß freilich in Frage gestellt werden. Was bedeutete es, wenn Heydrich (was auch Best, obwohl er sich als Gegenspieler Heydrichs empfand, noch nach 1945 bestätigte) damals „nur an Umsiedlung" dachte? Wußte er nicht, daß die geplante Deportation für einen Großteil der Juden unter den gegebenen Umständen im übervölkerten, an sich schon armen, jetzt zusätzlich durch den Krieg verwüsteten „fremdsprachigen Gau" Verurteilung zu einem langsamen, aber sicheren Untergang bedeuten mußte? War es nicht zumindest dieser dolus eventualis des physischen Zugrundegehens, der Hitler, Himmler, Heydrich etc. bewußt oder halb-bewußt mitbewegte, wenn sie in oft zynischen Ausdrükken das Ziel einer gigantischen „Verschickung" der Juden in den „fremdsprachigen Gau" anvisierten und in allgemeine Richtlinien umsetzten? War Hitlers „Genehmigung" des Plans einer Deportation aller Juden aus den alten und neuen Reichsgebieten, auf die sich Heydrich am 21. September 1939 berufen konnte, nicht schon Bejahung des dadurch verursachten Massentodes[10]?

Für Eichmann bedeuteten Heydrichs Mitteilungen eine grundsätzliche, ihn erlösende Umstellung: Anstelle der allen Anstrengungen zum Trotz bedeutungslos gewordenen Auswanderung trat Deportation – auch „Umsiedlung" genannt – als neuer Aufgabenkreis. Er scheint nach der Besprechung zunächst in Berlin geblieben zu sein, wahrscheinlich aus folgendem Grund: Das Verhältnis zwischen seiner offiziellen und seiner faktischen Kompetenz bedurfte in dieser Zeit der Klärung; es ist möglich, daß er damals schon an die Übernahme der von Dr. Lischka als de-facto Geschäftsführer geleiteten „Reichszentrale für jüdische Auswanderung" dachte, dies aber noch nicht erreichte. Tatsächlich hat sich Eichmann in dem von ihm geführten Schriftverkehr Ende September/Anfang Oktober 1939 noch nicht als Inhaber dieses Amtes bezeichnet. Auch der Protokollvermerk über die Amtschef-Besprechung vom 6. Oktober 1939, in der Eichmann in der Teilnehmerliste „für jüdische Auswanderungszentrale" fungiert, gibt keine sichere Aufklärung. Eichmann selbst erwähnte erst am 19. Dezember 1939, daß er die Leitung (nicht Geschäftsführung) der Reichszentrale übernommen habe. Wahrscheinlich ist mithin, daß er am 21. September 1939 offiziell nur Leiter der Wiener und der Prager Zentralstelle und ihrer Nebenstelle in Mährisch-Ostrau war und als Vertrauensmann Heydrichs zugezogen wurde, vielleicht als Beloh-

[10] Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang Äußerungen, die schon am 29. 11. 1939 auf einer Kreisleitersitzung in Radom (Generalgouvernement) gemacht wurden: „Mit den Juden ist nicht viel Federlesens zu machen, je mehr sterben, desto besser." Vgl. Faschismus – Getto – Massenmord, hrsg. v. Jüd. Hist. Inst. Warschau, Berlin 1961, S. 46. Ebenso bemerkenswert die Äußerung von Distriktgouverneur Schmidt (Generalgouvernement), der die Gegend von Lublin als Judengebiet empfahl, da das sumpfige Klima zur Dezimierung führe; Nürnberger Dokument PS-2278, S. 95.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nung dafür, daß er – worauf noch zurückzukommen ist – Heydrich das erste Deportationsprojekt unterbreitet hatte. Wie dem auch sei, bei der Besprechung vom 21. September waren noch keine konkreten Befehle erteilt worden, und das Fernschreiben vom gleichen Tage hatte für den ehrgeizigen Eichmann vor allem einen Schönheitsfehler: Er war nicht unter den Adressaten.

Wie andere an der „Flurbereinigung" interessierte SD-Stellen mag sich Eichmann zu eigener – unkoordinierter – Aktivität auch noch dadurch besonders herausgefordert gefühlt haben, daß sich die Heeresführung wieder einmal „querlegte". Als Generalquartiermeister Oberst Eduard Wagner im OKH den Text des Heydrich-Fernschreibens vom 21. September 1939 erhielt, weigerte er sich, diesen weiterzulesen. Nach einer u. a. deswegen nötig gewordenen Unterredung zwischen Himmler und Brauchitsch mußte Heydrich einen Rückzieher machen. Erst ein kosmetisch veränderter Text wurde vom OKH akzeptiert und am 1. Oktober 1939 weitergeleitet. Die Veränderung hatte für Eichmann, wie sich zeigen sollte, aber auch eine positive Wirkung. Hieß es in dem Schnellbrief vom 21. September, als die neue Demarkationslinie noch nicht festgelegt war, „das Gebiet, welches östlich von Krakau beginnt" und „umgrenzt" wird „von Polaniec, Jaroslaw, der neuen Demarkationslinie und der bisherigen slowakisch-polnischen Grenze", gehöre als unmittelbares Operationsgebiet des Heeres noch nicht zum Aktionsgebiet der im Süden Polens eingesetzten Einsatzgruppe I der Sicherheitspolizei und des SD, so war diese Beschränkung in dem neuen Fernschreiben vom 1. Oktober 1939 aufgehoben. Auch dieser Teil des polnischen Gebietes, der z. T. von Truppen der Roten Armee besetzt worden war und erst nach dem 28. September unter deutsche Hoheit geriet, gehörte nunmehr zum Aktionsraum der Einsatzgruppe I. In diesem Gebiet lagen auch der Ort Nisko am San und das Dorf Zarzecze jenseits des San[11]; auf den unmittelbaren Kontakt mit der in diesem Raum operierenden Einsatzgruppe gründete Eichmann das Vorhaben einer Umsiedlungsaktion, das er nun, Anfang Oktober, eilig ins Werk zu setzen begann.

Einige Aspekte dieser Aktion, sofern sie die Wiener Juden betreffen, sind in der Darstellung von Herbert Rosenkranz (leider oft ungenügend datiert) dokumentiert worden. Mit der Genesis hat sich Rosenkranz aber nicht beschäftigt. Tatsächlich lief die Aktion zunächst auch nicht in Wien an, sondern wurde von der als Filiale der Prager Zentralstelle von Eichmann mitverwalteten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung Mährisch-Ostrau" eröffnet, auf deren Dokumente sich die folgende Darstellung auch vor allem stützt[12].

---

[11] Die Kreisstadt Nisko wurde nach dem 20. 9. 1939 von deutschen Truppen besetzt; am 18. 9. 1939 war einer der wenigen deutschen Einwohner als Bürgermeister gewählt worden, der den jüdischen Bürgern riet, „sich über den San abzusetzen" (Ludwigsburg Archiv, Verfahren gegen Dreiser, 1961).

[12] Ablichtungen der hier wichtigen Dokumente der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Mährisch-Ostrau", die 1964 in Prag veröffentlicht wurden, befinden sich im „Dokumentationszentrum" Wien (Ing. S. Wiesenthal), zum wesentlichen Teil im Archiv „Jad va schem", Jerusalem, und gesammelt im Dokumentationszentrum der Universität Haifa (unter der Signatur: Cz 3 h 11), teilweise auch im Institut für Zeitgeschichte, München.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schon am 29. September teilte Eichmann, aus Berlin, dieser Nebenstelle mit, daß die im Schnellbrief vom 21. September festgelegte örtliche Begrenzung aufgehoben und die Einsatzgruppe I für das neue Gebiet zuständig sei. An den maschinenschriftlichen Text der Nachricht fügte in Mährisch-Ostrau jemand handschriftlich hinzu: „Zentralstellen f. d. Judenauswanderung sind unterstellt ausschließlich dem Chef der Sipo und weisungsberechtigt in Judenangelegenheiten gegenüber allen Partei- und Staatsstellen" – „Arbeitsbeginn dringend." Eine recht dubiose Selbstermächtigung Eichmanns oder Günthers[13]. Danach begab sich Eichmann aber nochmals nach Berlin, wo er am 6. Oktober 1939, wie bereits erwähnt, an einer neuerlichen Besprechung der Amtschefs des RSHA als Repräsentant „für jüdische Auswanderungszentrale" teilnahm und sich offensichtlich Rückendeckung bzw. einen förmlichen Auftrag für sein beabsichtigtes Unternehmen einholen wollte. Zentrales „Beweisstück" dieses Auftrages wurde ein am 6. Oktober 1939 in Berlin von Eichmann verfaßter Vermerk über eine angebliche Anordnung von Gestapochef SS-Oberführer Heinrich Müller[14], die allgemein – aber unberechtigterweise – als auslösendes Moment der „Nisko-Aktion" gilt. Müller habe, so hieß es in der Notiz, die am 8. Oktober 1939 in der Ostrauer Zentralstelle einging, „Fühlungnahme mit der Dienststelle des Gauleiters Wagner" (Josef Wagner war Gauleiter in Schlesien) angeordnet, und zwar zwecks „Abschiebung von 70–80000 Juden" aus der Kattowitzer Gegend, vorerst östlich über die Weichsel. „Gleichzeitig können Juden der Mährisch-Ostrauer Gegend zum Abschub gelangen"; er (Müller) erbitte sich tägliche Berichterstattung. Eine sonderbare Anordnung, nur überliefert in dem Aktenvermerk Eichmanns. Der beflissene Zögling des Führerstaates hatte offensichtlich gut gelernt, wie man sich aus mündlichen Empfehlungen, wenn man das wollte, sehr bestimmte Weisungen machen konnte. Es bestehen jedenfalls stärkste Zweifel, daß der Gestapochef Müller am 6. Oktober 1939 Eichmann tatsächlich eine so konkrete „Anordnung" gegeben hat. Gewiß, am gleichen Tag (6. 10. 1939) verfaßte Eichmann einen – zweifellos authentischen – Vermerk, in dem er, offenbar aus eigener Kompetenz und in Verbindung mit dem künftigen Amt des Leiters der „Reichszentrale für jüdische Auswanderung", die Vorbereitung einer listenmäßigen Erfassung der gesamten Judenheit Groß-Deutschlands anordnete[15]. Aber hier handelte es sich zunächst um eine rein bürotechnische Angelegenheit, nicht schon um den Beginn einer Deportation. Es ist denkbar, daß Müller es Eichmann überließ, im Rahmen künftiger Deportationen zu entscheiden, ob und welche Juden aus Ostrau deportiert werden sollten; es ist aber ziemlich ausgeschlossen, daß er Eichmann ermächtigte, selbst eine so umfassende Aktion in Gang zu setzen, die erst der Abstimmung – z. B. mit der Wehrmacht und dem Generalgouverneur – bedurft hätte.

Bezeichnend ist vor allem, daß es unter den Dokumenten der Ostrauer Zentralstelle im Zusammenhang mit der Nisko-Aktion nicht einen einzigen Bericht Eichmanns an Müller gibt. Gleichwohl erklärte Eichmann in Mährisch-Ostrau, wo er selbst Amts-

---

[13] Akten der Zentralstelle Mährisch-Ostrau, Cz 3 h 11/2.

[14] Ebenda, Cz 3 h 11/4.

[15] Ebenda, Cz 3 h 11/5.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chef war, am 9. Oktober 1939 seinen Mitarbeitern: „Es ist gemäß einem Befehl des SS-Oberführers Müller baldigst je ein Judentransport aus Mährisch-Ostrau und Kattowitz zusammenzustellen und zwar so, daß diese Transporte gewissermaßen als Vorkommando in den zur Aufnahme der *ersten* Transporte vorgesehenen Gebieten etwa im Raum Rozwadow-Annapol-Krasnik südwestlich Lublin eingesetzt werden."[16] Noch am selben Tag fuhr Eichmann mit seinem Stellvertreter Hans Günther nach Kattowitz, sprach dort sowohl beim Gauamtsleiter als auch bei den militärischen und zivilen Führungsstellen – Generalmajor von Knobelsdorff (Grenzkommando III) und Regierungspräsident Pfitzner – vor und suchte am folgenden Tag (10. 10. 1939) auch Gauleiter Wagner auf[17]. Die aktenmäßig belegten Ausführungen über die geplante Judendeportation, die er hier vortrug, unterscheiden sich deutlich von dem, was Eichmann in Mährisch-Ostrau erklärt hatte, wo er weitgehend allein – oder gestützt auf Stahlecker – agieren konnte[18]. Nicht nur, daß er in Kattowitz von je *zwei* Transporten aus Mährisch-Ostrau und Kattowitz sprach. Er erwähnte vor allem Müllers Anordnung mit keinem Wort, erklärte vielmehr, daß nach der Durchführung dieser ersten Transporte Erfahrungsberichte über Heydrich an Himmler zu erstellen seien, die wahrscheinlich an den Führer weitergeleitet würden, und dann abgewartet werden müsse, bis der generelle Abtransport der Juden angeordnet werde. Nur gegenüber dem Gauleiter und Gauamtsleiter – nicht gegenüber General von Knobelsdorff und Präsident Pfitzner[19] – fügte er an dieser Stelle hinzu, daß der Führer schon grundsätzlich die Abschiebung von 300000 Juden (bei dem Gauamtsleiter sprach er von „unbemittelten Juden") aus dem Altreich und der Ostmark genehmigt habe.

Eine solche schon Zahlen fixierende Genehmigung Hitlers aus dieser Zeit ist nirgends sonst nachweisbar, sie ist sicher eine Erfindung Eichmanns, wenn er dafür vielleicht auch (in den unkontrollierbaren mündlichen Unterredungen, die er vorher in Berlin, sicher auch mit Heydrich, geführt hatte) irgendwelche Anhaltspunkte haben mochte. Auffällig ist jedenfalls, daß sich Eichmann bei keiner der Kattowitzer Unterredungen – wie in Ostrau – auf eine konkrete Anordnung des Chefs der Gestapo, Heinrich Müller, berief, die dort – über die staatlichen Gestapodienststellen – leicht hätte kontrolliert werden können.

Indem Eichmann sich in Kattowitz auf Auftraggeber wie Heydrich und Himmler bzw. sogar auf Hitler stützte, erreichte er vorerst, daß alle angesprochenen Amtsinhaber ihn bei der Vorbereitung der Deportation wunschgemäß unterstützten, wahrscheinlich ohne Informationen bei höheren Dienststellen einzuholen; ein an sich schon bemerkenswerter Aspekt des blinden „Funktionierens", wenn es um die „Geheimsache" der Judenpolitik ging!

Noch auffälliger an Eichmanns Aktion aber ist, daß er – bevor er in Mährisch-Ostrau und Kattowitz die Weichen zu stellen begonnen hatte – von Berlin am 7. Oktober zunächst nach Wien gefahren war und dort u. a. dem Vertreter von Reichskommissar Bürckel seine Pläne vorgetragen hatte, offenbar wiederum ohne die apokryphe

[16] Ebenda, Cz 3 h 11/6.
[17] Ebenda, Cz 3 h 11/7, 10.
[18] Ebenda, Cz 3 h 11/6c.
[19] Ebenda, Cz 3 h 11/8.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Müller-Anordnung zu erwähnen, in der ja auch von den Wiener Juden gar nicht die Rede war. Aus Vermerken über eine spätere Besprechung in der Wiener Zentralstelle am 16. Oktober[20] geht hervor, daß Eichmann am 7. Oktober 1939 in Wien Pläne zur raschen Evakuierung aller Wiener Juden unterbreitete, die dort freudig begrüßt wurden, Pläne, die er auffälligerweise sowohl bei seinen folgenden Besprechungen in Mährisch-Ostrau wie in Kattowitz verschwieg.

Schon diese dokumentarische Evidenz vermittelt das Bild eines karrieresüchtigen SS-Sonderführers, der sich ohne wirklich verbriefte Legitimation – aber wohl wissend, wie der neue politische Wind in der Judenpolitik wehte – aufgrund seiner untergeordneten Stellung unter Benutzung jeweils verschiedener Amtszuständigkeiten und unter Ausnutzung des Einschüchterungs- oder Glaubwürdigkeitseffekts, den ein als Judenexperte inzwischen bekanntgewordener Abgesandter des RSHA bei den jeweiligen Behörden erzielen konnte, eine Funktion als Generalagent für die Judendeportation zu erschleichen suchte – in der Hoffnung, der überzeugende Erfolg seiner Mission werde die nachträgliche Belobigung und förmliche Bestallung schon erbringen.

Das führt uns zu den näheren Einzelheiten der Planung und Durchführung der Nisko-Transporte. Sowohl in Mährisch-Ostrau wie in Wien legte Eichmann großen Wert darauf, die geplanten ersten Transporte als eine Art Vorkommando für eine großangelegte Umsiedlung der Juden in den südöstlichen Teil des Generalgouvernements erscheinen zu lassen. In Mährisch-Ostrau wurde, wie aus einem späteren Vermerk der dortigen Zentralstelle vom 19. Oktober (nach Abgang des ersten Transports am Vortage) hervorgeht[21], die Deportation der Bevölkerung gegenüber als freiwillige Umsiedlungsaktion der jüdischen Kultusgemeinde dargestellt. Und eine nahezu identische Parole wurde in Wien am 10. Oktober 1939 durch Eichmanns Vertreter Günther gegenüber der Wiener israelitischen Gemeinde ausgegeben (über Kattowitz liegt einschlägiges Quellenmaterial über die Art der Durchführung kaum vor). Ebenso wie in Mährisch-Ostrau die dortige Kultusgemeinde seit dem 10. Oktober die technische Vorbereitung der Deportation – von der Aufstellung von Namenslisten nach vorgegebenem Zahlensoll bis zur Beschaffung der Ausrüstungsgegenstände für die „Umzusiedelnden" – selbst zu besorgen hatte, wurde auch in Wien verfahren. Nach einer Aufzeichnung, die der Wiener Leiter der jüdischen Organisation Makkabi Hazair, Dr. Brunner, über ein – wahrscheinlich am 16. Oktober 1939 – mit Eichmann geführtes Gespräch im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Nisko-Transporte machte[22], hatte Eichmann dort in der Manier eines Herrschers über alle Juden erklärt: „... habe ich, Eichmann, beschlossen, ein Reservat für die Juden in Lublin zu machen. Von übermorgen an werden Transporte nach Lublin gehen." Aufgrund der Dokumente für die Vorbereitung der Wiener Nisko-Transporte rekonstruierte Herbert Rosenkranz den Verlauf der dortigen Aktion. Seine Darstellung soll hier im vollen Wortlaut wiedergegeben werden:

---

[20] Ebenda, Cz 3 h 11/IIa. [21] Ebenda, Cz 3 h 11/25a.
[22] Hierzu und zum Folgenden Herbert Rosenkranz, a. a. O., S. 216ff.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Am 10. Oktober 1939 erhält Löwenherz von SS-Obersturmführer Günther den Auftrag, daß sich Storfer, Murmelstein, Grün und Boschan am 13. Oktober bei Eichmann in Mährisch-Ostrau einzufinden haben. Die Kultusgemeinde habe 1000–1200 Auswanderer und arbeitsfähige Männer aus dem gesperrten Palästina-Transport der Rothgasse, dem Bolivien-Transport des Makkabi, aus entlassenen Dachau- und Buchenwaldhäftlingen mit Auswanderungsfristen, Reichsdeutschen und Staatenlosen polnischer Herkunft, Handwerker, Tischler, Zimmerleute, Techniker, auszuwählen, in eine fünffache Liste mit Laufnummer, voller Namensangabe, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Beruf und Zahl der abhängigen Familienmitglieder, aufzunehmen und von jedem Mann 2 Lichtbilder und 5 Mark beizulegen zur Deckung der Transportkosten. Zehn Ärzte mit Medikamenten und ärztlichem Instrumentarium sollen mitkommen, die nicht unbedingt im Besitz der Bewilligung zur Zulassung als Krankenbehandler sein müssen. Jeder Transportteilnehmer darf 300 Mark mitnehmen, könne seine Möbel verkaufen und solle sich bereithalten, binnen drei Tagen fahrtbereit zu sein. ‚Die ausgewählten Personen haben holzverarbeitende Maschinen, Sägen, Beile, Hämmer und Nägel mitzubringen, ferner warme Kleidung, Arbeitskleider, Spirituskocher und Verpflegung für 3–4 Wochen. Auf meinen Einwand, daß es unmöglich ist, die Verpflegung hier zu besorgen, erwiderte Herr SS-Obersturmführer Günther, daß die Zentralstelle für die erforderlichen Bezugscheine sorgen wird.' Die Liste ist bis 13. Oktober abzuliefern. Die Kultusgemeinde habe die Transportleitung zu bestimmen sowie einzelne Wagenführer und ein 10köpfiges Organisationskomitee. Am 16. Oktober erteilt Günther zusätzliche Weisungen, daß der Transport binnen 2 Tagen abgehen werde, für aus körperlichen und sonstigen Gründen Ausfallende Ersatz zu stellen und auf 1000 zu ergänzen sei. Für notwendige fehlende Werkzeuge und 300–350 Paar Schuhe würden Bezugsscheine ausgestellt werden, so daß nur das nötigste Schuhwerk mitzunehmen sei. Die Einzelbezugsscheine sind abzuliefern, da für Verpflegung auf einen Sammelbezugsschein gesorgt sei. Für Proviant und beizustellende Bauwerkzeuge werden 3 Waggons zur Verfügung gestellt. Sämtliche Teilnehmer haben sich polizeilich abzumelden und den Paßfragebogen bei der Zentralstelle abzugeben. Das Reisegepäck dürfe nicht mehr als 50 kg betragen, verhaftete Staatenlose kommen für die Aktion nicht in Frage. Am 17. Oktober wird der Transport auf den 20. verschoben für 18 Uhr vom Aspangbahnhof, der als entlegener und wenig benutzter Bahnhof auch künftighin für die Deportationstransporte gewählt werden sollte. Der zweite Transport werde am 24., der dritte am 27. abgehen, wobei die noch nicht festgelegte Zahl wahrscheinlich nur 500 betragen werde. Günther erteilt eine Einkaufsanweisung für Bauwerkzeuge, Kleidung und Schuhe werden aber nicht beigestellt, sondern sind am Ort zu beschaffen. Jeder Wagen werde 60 Mann fassen.

‚Auf die Frage des Herrn Obersturmführer Günther, warum von den ursprünglich bekanntgegebenen 830 Personen nicht alle gehen, bemerkte der Gefertigte, daß die Liste auf Grund freiwilliger Meldungen aufgestellt wurde und daß sich bei der nachfolgenden Überprüfung der Gemeldeten ergab, daß sich unter den freiwillig Gemeldeten eine sehr erhebliche Anzahl – etwa 300 – befindet, die infolge ihres körperlichen und teilweise

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geistigen Zustandes für einen Arbeitstransport nicht in Frage kommen und für einen solchen Transport eine schwere Belastung bedeuten würden.' (Es handelt sich hier um die Vorbereitung des 2. Transportes.) ‚Herr Obersturmführer Günther gibt die Weisung, die hierdurch ausfallenden Personen zu ersetzen, falls aber dies nicht möglich sein sollte, müßten alle in der ersten Liste gemeldeten Personen ohne Rücksicht auf ihren Zustand dem Transport angeschlossen werden.'

Die Illusion der freien Ansiedlung, die von verschiedenen Gruppen, welche sich seit dem Anschluß zu Auswanderungs- und Siedlungszwecken organisiert hatten, angestrebt wurde, reflektiert auch die Bekanntmachung der Kultusgemeinde:

‚An die jüdische Bevölkerung.
Die israelitische Kultusgemeinde Wien ist von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien beauftragt worden, die geplante Umsiedlungsaktion der Juden aus der Ostmark nach Polen durchzuführen. Die in das bestimmte Gebiet in Polen einwandernden Juden können sich nach den der Israelitischen Kultusgemeinde Wien von kompetentester Stelle zugekommenen Mitteilungen *frei ansiedeln*, betätigen und ihre Existenz aufbauen.
Für die vorläufige Unterbringung und Verpflegung wird gesorgt werden. Den ankommenden Juden stehen Vertreter jüdischer Organisationen an Ort und Stelle zur Verfügung.
...
Überdies muß den Weisungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien im Interesse jedes einzelnen und der Gesamtbevölkerung bedingungslos Folge geleistet werden.
Die Durchführung einer so großen Aktion bringt unvermeidlich Härten mit sich, welche solange gemildert werden können, als die Israelitische Kultusgemeinde Wien, unterstützt durch die jüdische Bevölkerung von ihrem Vertrauen getragen, diese Aktion zu leiten.'

Die dem einzelnen Teilnehmer des ersten Transportes zugegangene Mitteilung spricht noch eine deutlichere Sprache:

‚Wir sind verpflichtet, Sie mit allem Nachdruck darauf aufmerksam zu machen, daß ein Fernbleiben von dem Transport für Sie mit den schwersten Unannehmlichkeiten verbunden wäre. Sollten Sie zur angegebenen Zeit nicht auf dem Sammelplatz erscheinen, so würden Sie durch Polizeiorgane aus Ihrer Wohnung geholt werden.
Wir bitten Sie, überzeugt zu sein, daß seitens der Kultusgemeinde alles getan wird, was unter den gegebenen Umständen möglich ist, um die bei einem derartigen Transport unvermeidlichen Härten zu mildern. Es liegt im Interesse aller Teilnehmer, wenn jeder einzelne von ihnen alles vermeidet, was ihm oder seinem Gefährten Unannehmlichkeiten bereiten könnte. Etwaige Wünsche während der Fahrt wollen Sie im Wege Ihres Waggonleiters der Transportleitung bekanntgeben.'

Die Absichten Eichmanns gehen aus einem von Brunner gezeichneten Vermerk der Zentralstelle vom 18. Oktober 1939 über die Umsiedlungsaktion der Juden aus der Ostmark nach Polen hervor, der die Aussprache zwischen Eichmann, Ebner und Bürckels Sonderbeauftragten, Dr. Becker, ergänzen soll. Für jeden Dienstag und Freitag sind fortlaufende Transporte von je 1000 Personen geplant. Für den vierten Transport sollen bereits ganze Familien eingeteilt werden, für jeden Transport soll die

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kultusgemeinde und eine jüdische Transportleitung verantwortlich sein. Die mit dem 1. Transport entsandten Fachleute sollen nach Fertigstellung des Barackendorfes in Nisko fortlaufend auf die ehemaligen jüdischen Dörfer im Landesinneren aufgeteilt werden. Jeder Transport wird von 23 Schupo (Schutzpolizei-)Beamten unter Führung eines Polizeimeisters begleitet, „die jede Fluchtgefahr mit der Waffe zu verhindern haben". Im Verlaufe der Aktion sollten auch die Zigeuner erfaßt werden. Von der Gestapo werden alle Beamten des Judenreferats eingesetzt.

Der erste Transport mit 912 Personen verließ Wien am 20. Oktober 1939, ein zweiter folgte am 26. Oktober 1939 mit 672 Personen. Vorher war von Mährisch-Ostrau am 18. Oktober ein Transport von 1000 Personen abgegangen, dem sich die 4 Wiener Vertreter und die Mitglieder der Prager Kultusgemeinde, Friedmann und Edelstein, anschlossen. Der Bericht von Julius Boschan vom 31. Oktober an Dr. Löwenherz, der zum Empfang der Wiener Transporte zurückblieb, indes die anderen 5 Mitglieder sich mit der Lubliner Gemeinde in Verbindung setzen mußten, um das Siedlungsprojekt zu besprechen, verschleiert die Tatsachen. Von beiden Wiener Transporten wurden nur 198 Mann, zusätzlich zu den 500 zurückgebliebenen Mährisch-Ostrauern, zum Bau des Barackenlagers im Sumpfgebiet bei Nisko am San zurückbehalten, während die anderen mit Schreckschüssen in die Luft, unter panikartiger Zurücklassung ihres Gepäcks, über die russische Grenze gejagt wurden. Ende Oktober wurde das Projekt eingestellt wegen Widerstandes der damals russischen Partner gegen die Austreibungen, wegen Aussiedlungsplänen im Warthegau und Vorbereitung des Krieges gegen Frankreich. Im April 1940 wurde das Barackendorf Zarzecze bei Nisko aufgelöst und die Überlebenden, darunter 198 Wiener Juden, durften zurückkehren."

Die Darstellung von Rosenkranz kann aufgrund seiner akribischen Auswertung der Wiener Quellen vor allem zeigen, daß sich Eichmann und seine Mitarbeiter in Wien und Ostrau bei der Vorbereitung der Transporte alle Mühe gaben, diese glaubwürdig als Umsiedlungsvorkommandos erscheinen zu lassen, daß die Praxis am Ankunftsziel aber ganz anders aussah. Um den Bogen dahin zu schließen, bleibt nachzutragen, wie Eichmann seine Aktion in Nisko und Umgebung vorbereitete.

Nachdem er zwischen dem 7. und 10. Oktober in einer Parforcetour in Wien, Ostrau und Kattowitz die Vorbereitung der ersten Transporte angekurbelt hatte, kehrte er nach Ostrau zurück und flog von dort am 12. Oktober mit Stahlecker nach Warschau, um von da aus mit dem PKW „die Fahrt in das in Frage kommende Gebiet fortzusetzen". Der anschließende Bericht[23] offenbart, in welchem Eiltempo die beiden das festgelegte Programm – „Feststellung eines geeigneten Gebietes, Klärung der Lebensmittelverhältnisse, die eventuellen Unterbringungsmöglichkeiten und Fahrtstrecke mit dem in Aussicht genommenen Endbahnhof" – bewältigten. Schon am 15. Oktober, 12.03 Uhr, gab Eichmann aus Krakau fernmündlich nach Ostrau durch: „Eisenbahnstation für Transporte ist Nisko am San. Ankomme in Mährisch-Ostrau heute Sonntag".

[23] Akten der Zentralstelle Mährisch-Ostrau, Cz 3 h 11/18, 19.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eichmann traf, wie geplant, am 15. Oktober in Ostrau ein, hatte am folgenden Tage (16. 10.) eine wichtige Besprechung in Wien mit dem Vertreter Bürckels und einem Vertreter der Wiener Gestapo, traf am 17. Oktober auf dem Weg nach Nisko wieder seinen Stellvertreter Günther in Mährisch-Ostrau und war am 18. Oktober in Nisko, um dort den am Abend des gleichen Tages eintreffenden ersten Ostrauer Judentransport zu empfangen. In diesen Tagen ereignete sich ein an sich unwichtiger Vorfall, der aber vorzüglich geeignet ist, Eichmanns Methoden zu illustrieren. Am 12. Oktober war in Ostrau ein dringendes Telegramm des SD-Hauptamtes eingetroffen, in dem mitgeteilt wurde, daß der Chef der Kriminalpolizei, SS-Oberführer Nebe, am 12. Oktober vergeblich versucht habe, Eichmann zu erreichen, daß Nebe Eichmanns sofortigen „fernmündlichen Anruf" erbitte, um umgehend zu erfahren, „wann er die Berliner Zigeuner schicken kann". Dieses dringende SD-Hauptamt-Fernschreiben des Kripochefs war Eichmann am 15. Oktober in Ostrau vorgelegt, aber von ihm keineswegs sofort beantwortet worden. Eichmann nahm das Schreiben vielmehr nach Wien mit, stilisierte dort seine Antwort und schickte diese dann am Abend des 16. Oktober nicht direkt nach Berlin, sondern an Günther in Ostrau zwecks Weiterleitung an Nebe. In dieser Antwort riet Eichmann, Zigeunertransporte an die in Zukunft regelmäßig abgehenden Judentransporte ab Wien, Ostrau und Kattowitz anzuschließen, und teilte mit, daß der erste Transport ab Wien am 20. Oktober abgehen werde, dem drei bis vier Zigeunerwaggons angeschlossen werden könnten. Den ersten, für den 18. Oktober festgelegten Transport Ostrauer Juden erwähnte er mit keinem Wort. Aber auch die Dienststelle seines Protektors Stahlecker, des Befehlshabers der Sicherheitspolizei (BdS) in Prag, ließ Eichmann über den ersten Ostrauer Transport erst unterrichten, als dieser am 18. Oktober bereits abgegangen war und Eichmann sich unterwegs nach Nisko befand[24].

Wie Nebe, der „seine" Berliner Zigeuner loswerden und an die ersten Deportationen ankoppeln wollte, war der BdS in Prag interessiert, rund 350 dort seit Kriegsbeginn in Gefängnissen einsitzende staatenlose und polnische Juden abzuschieben. Beide Wünsche drohten aber Eichmanns ehrgeizigen nächsten Plan, die reibungslose Durchführung des ersten Ostrauer Mustertransports, zu gefährden. Deshalb verzögerte er die Berichterstattung nach Berlin und Prag bewußt. Ein Vermerk von H. Günthers Mitarbeiter Brunner, der am 18. Oktober in Abwesenheit Eichmanns und Günthers eine dringende Anfrage aus Prag beantworten mußte, spricht für sich:

> „Am 18. 10. frug heute Dr. Maurer (BdS. Prag) fernmündlich wegen des Judentransports an. Ich teilte ihm mit, daß ... 900 Juden heute um 8 Uhr früh abtransportiert wurden. Dr. Maurer wurde vom Befehlshaber Prag beauftragt, mit Hstf. Eichmann oder Hstf. Günther wegen obengenannter Auskunftserteilung zu sprechen."

Der erste Nisko-Transport (Zug 760) verließ Ostrau am 18. Oktober um 8.20 Uhr und kam nach ungefähr neun Stunden Fahrt in Nisko an. In dem aus 32 Personenwagen und 22 (27?) Güterwagen bestehenden Zug befanden sich 901 Deportierte und die „Gruppe Kultusgemeinde" (2 Vertreter der Prager, 3 Vertreter der Wiener Kultus-

[24] Ebenda, Cz 3 h 11/16, 20, 21.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemeinde). Sofort nach Ankunft am Bahnhof wurde abgeladen, die Vertriebenen, das Baumaterial und Lebensmittel über den San geführt. Auf einer kahlen Wiese in der Nähe des Dorfes Zarzecze wurde haltgemacht und sofort mit der Arbeit begonnen. Eine Gruppe von jüdischen Handwerkern (darunter auch Baumeister) errichtete einen Wach- und Schlafraum für die Begleitmannschaft, eine andere das Schutzdach und die Wände einer Baracke, die nach wenigen Stunden einigermaßen Schutz vor dem Regen boten, der die ganze Nacht anhielt. Am Bahnhof in Nisko hatte – der damals den meisten noch unbekannte – Eichmann die unfreiwilligen Gäste hoch zu Roß mit der Mitteilung empfangen, daß sie zunächst Wasser finden müßten, da die vorhandenen Brunnen verpestet seien: „Andernfalls müßt ihr krepieren."

Der Appell am nächsten Morgen endete damit, daß 300 bis 400 Deportierte aus dem im Aufbau befindlichen Lager weggeführt, einige Kilometer eskortiert und dann sich selbst überlassen wurden; die einzige Instruktion besagte, daß Rückkehrer auf der Stelle erschossen würden.

Der erste Wiener Transport, bei dem Günther das Szepter führte, ging am 20. Oktober über Ostrau nach Nisko ab. Von den 912 Deportierten wurde, wie schon aus der Darstellung von Herbert Rosenkranz hervorging, nur ein Teil von der jüdischen Lagerleitung in das Lager hineingeschmuggelt, ein Teil vom Lagerkommandanten, SS-Sturmbannführer Post, stillschweigend geduldet. Die Mehrheit wurde weitergeführt, wie drei Tage vorher die 300–400 Ostrauer Vertriebenen. Das gleiche Schicksal widerfuhr den 875 Teilnehmern des ersten Kattowitzer Transportes, der von der dortigen Gestapo unter Oberaufsicht von Rolf Günther organisiert wurde, und dem zweiten Ostrauer Transport, der am 26. Oktober dort abging und einem größeren, zweiten Transport aus Kattowitz angeschlossen wurde, schließlich auch dem zweiten Wiener Transport. Auch von diesen Deportierten sah die Mehrheit das „Lager" nur aus der Ferne, sie wurden unter Bewachung weitergeführt und mit der gleichen Belehrung ihrem Schicksal überlassen.

Das Lager Nisko – genauer Zarzecze – war von Eichmann als „Durchgangslager" bezeichnet worden. Mit Ausnahme derer, denen die Flucht ins russische Gebiet glückte, und den rund 500 Deportierten, die tatsächlich in Zarzecze bis zum April 1940 überlebten und zurückkehren konnten, bedeutete es nicht Durchgang, sondern Untergang. Eichmann und seine Mitarbeiter hatten auf ihre Weise beispielhaft konkretisiert, was gemeint war, als Heydrich Ende September 1939 berichtete, daß der Führer sowohl die Deportation der Juden nach Polen wie die Abschiebung über die Demarkationslinie gebilligt habe.

Im Falle von Nisko endete die Fiktion des Durchgangslagers aber auch deswegen, weil die von Eichmann selbsttätig in Gang gesetzte Aktion abgeblasen werden mußte. Noch bevor Günther am 18. Oktober dem SD-Hauptamt in Berlin gemeldet hatte, daß der erste Ostrauer Juden-Transport abgegangen sei und er „gleich nach Kattowitz fahre", wo am 20. Oktober „die nächsten 1000 abgehen"[25], war von demselben

[25] Die Schilderung dieser Entwicklung stützt sich auf: Cz 3 h 11/21, 21/I, 24, 28, 30, auf amtliche Berichte der Wiener Kultusgemeinde (Archiv der Hebräischen Universität in Jerusalem, AW 2747) und Zeugenaussagen.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gestapochef Müller, auf dessen Anordnung sich Eichmann bei der Ingangsetzung der Aktion in Ostrau berufen hatte, eine Stunde nach Abgang des Ostrauer Transportes ein Fernschreiben an die Einsatzgruppe VI (Ost-Oberschlesien), an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Wien und zu Händen von Eichmann (in Ostrau) abgegangen, in dem es hieß:

> „Es wird mitgeteilt, daß die Umsiedlung und Abschiebung von Polen und Juden in das Gebiet des künftigen polnischen Reststaates einer zentralen Leitung bedarf; deshalb muß grundsätzlich eine Genehmigung der hiesigen Dienststelle vorliegen[26]."

Die Anordnung erreichte Günther in Kattowitz am Abend des 19. Oktober, wurde von ihm an Eichmann in Zarzecze weitergeleitet und dürfte diesen dort erst am 21. Oktober erreicht und aufgeschreckt haben. In den späten Abendstunden des 22. Oktober traf Eichmann daraufhin in Ostrau ein, wo seiner eine weitere Überraschung harrte. Inzwischen, nachdem beim RSHA in Berlin die Nisko-Transporte bekanntgeworden waren, hatte H. Günther vom RSHA über Brünn die Mitteilung erhalten, „daß jeglicher Abtransport zu unterbleiben habe". Diese ihm von Günther übermittelte Anordnung veranlaßte Eichmann sofort zur Weiterreise nach Berlin. Von dort aus teilte Eichmann – nach entsprechender Aufklärung – am 24. Oktober selbst mit, daß die Transporte aus dem Protektorat bis auf weiteres eingestellt werden. Ganz erfolglos war seine Fahrt nach Berlin aber nicht: Er hatte erreicht, daß ein kombinierter zweiter Ostrauer und Kattowitzer Transport am 26. Oktober abgehen konnte, „um das Prestige der hiesigen (Ostrauer) Staatspolizei zu wahren", und am selben Tage auch ein zweiter Transport aus Wien[27]. Dann war die Sonderaktion des ehrgeizigen Lehrlings zu Ende.

Die Müller-Instruktion vom 18. Oktober sollte Eichmann in erster Linie klarmachen, daß die Judenabschiebungen nicht auf dem Wege planloser Sonderaktionen erfolgen könnten und daß er, Müller, am 6. Oktober 1939 – wenn überhaupt etwas – nur Kontaktaufnahme angeordnet habe. Das darüber hinausgehende strikte Verbot des RSHA vom 21. Oktober war wohl die Folge der am Vortage trotzdem aus Kattowitz und Wien abgegangenen Transporte. Als Eichmann am 24. Oktober von Berlin aus selbst telefonisch einen vorläufigen Stop der Aktion durchsagen mußte, vermerkte er gleichzeitig, „ab sofort müsse jeder Transport, ganz gleich, ob er von Ostrau, Kattowitz oder Wien abgeht, über das SD-Einsatzkommando nach Nisko weitergemeldet werden". Inzwischen hatte die Nisko-Aktion auch in dem Aufnahmegebiet heftige Beschwerden ausgelöst. Als die mit dem ersten Ostrauer Transport nach Nisko mitfahrende „Gruppe Kultusgemeinde" dort auf Ratschlag Eichmanns Ansiedlungsmöglichkeiten in der Umgebung zu finden suchte und zum Landrat von Janow gebracht wurde, erfuhr dieser dadurch überhaupt erst, was in seinem Kreis los war. Der Landrat hatte von der „Invasion" und der Lagererrichtung nichts gewußt und beschwerte sich bei der Tagung der Landräte, beim Regierungspräsidenten in Lublin

[26] Akten der Zentralstelle Mährisch-Ostrau, Cz 3 h 11/26b, 27.
[27] Ebenda, Cz 3 h 11/30, 31.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und bei der Militärverwaltung. Auch die in dem Gebiet stationierte Aufklärungsabteilung der 44. Division zeigte in ihrem Bericht das gleiche Maß völliger Überraschung und protestierte scharf gegen den „nun völlig planlos einsetzenden Zustrom jüdischer Flüchtlinge und Emigranten", deren Folge es auch sei, daß der „bisher makellose Schild der Wehrmacht dadurch getrübt werden müßte, daß sie entweder den Schutz der Juden gegen berechtigten Unmut übernimmt" oder „Judenprogrome duldet bzw. fördert [sic!]"[28].

Die vom Regierungspräsidenten und von der Wehrmacht (Militärverwaltung) eingeleiteten Schritte trugen zweifellos dazu bei, daß nach dem 26. Oktober 1939 die Transporte aus Kattowitz und Mährisch-Ostrau eingestellt wurden. In Wien glaubte Eichmann aber mit Hilfe Bürckels und der Wiener Gestapo, die an einem schnellen Abschub der Wiener Juden selbst sehr interessiert waren, noch weitere Transporte flottmachen zu können und ließ die Vorbereitung für den dritten, auf den 31. Oktober festgesetzten, Transport fortsetzen. Das schien zunächst auch nicht ganz aussichtslos. In einem Fernschreiben der Zentralstelle Wien, das am 28. Oktober 1939 an Ostrau zur dringenden Weiterleitung an Eichmann (in Nisko) abging, übermittelte Brunner folgende Mitteilung Müllers:

> „Es trifft nicht zu, daß das OKW alle Transporte in die Gegend südlich von Lublin bis Mitte November verboten habe, richtig sei vielmehr, daß infolge eines Göringbefehles Transporte zur Bergung der Hackfruchternte vordringlich behandelt werden müssen; dies schließe jedoch nicht aus, daß einzelne Transporte von Juden aus Wien eingeschoben würden, soweit dies mit den Gefangenentransporten vereinbar sei." Über die Durchführbarkeit dieser Kombination könnten ausschließlich die für den Eisenbahneinsatz zuständigen Wehrmachtskommandanten entscheiden.

Diese aber hätten entschieden, so teilte Brunner weiter mit, daß bis 4. November keine Einschiebung möglich sei. Die Gauleitung (Bürckel) werde trotzdem ihr Möglichstes tun, um den Wiener Transport am 31. Oktober durchzusetzen. Es blieb aber beim Veto der Kommandantur Oppeln; der für den 31. Oktober festgesetzte Transport ging nicht ab.

Militärisch-wirtschaftliche Gründe, bzw. Instanzen, die weitere Transporte bis Mitte November, einzelne Transporte aus Wien sogar nur bis zum 4. November 1939 verhinderten, erklären freilich nicht das endgültige Ende der Eichmann-Aktion. Eichmanns konspirative Eigenmächtigkeit hatte zweifellos seine Vorgesetzten Stahlecker, Müller, Heydrich verärgert, aber die dabei erneut bewiesene Effizienz hatte ihnen wahrscheinlich auch imponiert, so daß sein Vorprellen wohl kaum ein hinlänglicher Grund für die Einstellung seiner Judenabschiebung gewesen ist.

Eichmann selbst hat bei seiner Vernehmung in Jerusalem im Jahre 1960 zur Nisko-Aktion und ihrem Scheitern aus 20-jährigem Abstand die folgende Schilderung gegeben, die mit absichtlichen Falschdarstellungen oder Erinnerungsfehlern vielfach gespickt, aber doch nicht ganz uninteressant ist:

Nachdem Neurath als Reichsprotektor im Protektorat durch Heydrich abgelöst

[28] Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, RH 53–23, H. K. XXXIV, 44. Division, 25. 11. 1939.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

worden sei (dies geschah, und zunächst auch nur vertretungsweise, erst zwei Jahre später am 27. 9. 1941), sei Heydrich bei einer Pressekonferenz das Versprechen herausgerutscht, er werde das Protektorat binnen acht Wochen judenfrei machen. Deshalb habe er auch Eichmann gerufen und man habe Lösungsmöglichkeiten gesucht; der Tschechen-Frank (= Karl Hermann Frank) habe Theresienstadt vorgeschlagen (auch dieser Vorgang datiert aus dem Jahre 1941). Inzwischen sei über Erwarten rasch der Polenfeldzug über die Bühne gegangen. Und so hätten er oder Stahlecker die Idee geboren: Wenn schon so viel umgesiedelt werde, warum nicht im südlichen Generalgouvernement einmal Polen aussiedeln, Platz schaffen für einen möglichst großen, autonomen Judenstaat, den der bekannt gute ostjüdische Handwerker und der westliche jüdische Industriefachmann mit Landwirtschaft zusammen entwickeln könnten? Die Partei und die Juden hätten dann vorerst eine Lösung gefunden; deshalb sei er mit seinem Vorgesetzten Stahlecker, damals Befehlshaber des SD und der Sipo im Protektorat, nach Polen gefahren, wo sie auch ein geeignetes „riesiges" Gebiet gefunden hätten. Dann sei die Idee Heydrich und Göring vorgelegt, akzeptiert und er beauftragt worden, zunächst eine Anzahl Handwerker aus Mährisch-Ostrau in das Gebiet zu bringen. Die Transporte in den zukünftigen „autonomen Judenstaat" seien im schönsten Anlauf gewesen, als plötzlich der Polenfrank, der „seine" Juden aus dem Generalgouvernement entfernen wollte, sich querlegte, sogar ihn, Eichmann, durch Streckenbach (Befehlshaber der Sipo und des SD im Generalgouvernement) verhaften lassen wollte und so den Traum einer Umsiedlungslösung beendete[29].

Die Mischung dieser Darstellung aus Fehlern, absichtlicher Verharmlosung, frechem Posieren als Judenretter und einem schwachen Wahrheitskern ist evident. Bemerkenswert ist aber vielleicht, daß Heydrich als der Eingeweihte und Protektor Eichmanns figuriert, daß die Zusammenarbeit mit Stahlecker im Anfangsstadium bestätigt wird und vor allem auch, wie die nach dem Polenfeldzug entstandene Atmosphäre ebenso leichtfertiger wie umfassender Planspiele der völkischen Flurbereinigung als Voraussetzung für Eichmanns „Umsiedlungs"-Idee von ihm wiedergegeben wurde (wenn schon so viel umgesiedelt wird).

Zu den Fehlern der Darstellung, die leider in der Literatur verschiedentlich übernommen wurden, gehört auch, daß die Nisko-Transporte an dem Einspruch Hans Franks gescheitert und durch ihn die Pläne zur Errichtung eines Reichsghettos im Bezirk Lublin verhindert worden seien. Tatsächlich ist diese Idee, das beweist die Durchführung der Nisko-Aktion selbst am besten, zwar verschiedentlich in vager Form geäußert worden, aber ein ernstgemeintes Vorhaben, in der Umgebung von Lublin einen „Judenstaat" unter deutscher Oberhoheit oder auch nur eine Art Reservat zu errichten, hat es nie gegeben.

Daß damals nicht, wie im September/Oktober 1939 noch geplant, schon umfangreiche Judendeportationen aus dem „Altreich", der „Ostmark" oder dem Protektorat

[29] Es gibt nur zwei Anhaltspunkte dafür, daß kompetente Stellen die Idee eine Zeitlang ernst nahmen: (Himmler) IMT, XXXVI, Dok. EC-305, S. 306; IMT, XXVI, Dok. PS-1061, S. 633.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in das Generalgouvernement zustande kamen, lag – abgesehen von den kurzfristigen Einsprüchen der Wehrmacht und der Dienststellen des Vierjahresplans (Göring) – vor allem daran, daß der Reichsführer SS selbst, in seiner neuen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, vor den Gebiets-Potentaten in Wien, Prag oder im „Altreich" die Priorität bei der Ausschöpfung der Deportationsmöglichkeiten nach dem Generalgouvernement für sich bzw. für seine nachgeordneten Dienststellen in den eingegliederten Ostgebieten beanspruchte. Wenige Wochen nachdem die Nisko-Aktion Eichmanns gestoppt worden war, wurden in der Zeit vom 1. bis 17. Dezember 1939 im Rahmen einer ersten systematischen Aktion 87000 Juden und Polen aus dem Warthegau in das Generalgouvernement abgeschoben. Hingegen waren, wie die Nisko-Aktion Eichmanns, auch die Deportationen einiger Tausend Juden aus Stettin und Schneidemühl noch episodische Einzelaktionen. Da die Führung des NS-Regimes damals noch an Deportation und nicht an systematisch geplante Vernichtung dachte, blieben die Möglichkeiten der Durchführung weit hinter den Wünschen und großen Planspielen vom September/Oktober 1939 zurück.

Die Tatsache, daß Eichmann als erster mit einem solchen Deportationsplan und einer entsprechenden Aktion hervorgetreten war, empfahl ihn sicher bei Heydrich und war gewiß ein Meilenstein auf dem Wege zu seiner späteren umfassenden Kompetenz für die Organisation und Koordination der 1941/42 beginnenden Massendeportation von Juden aus allen Teilen im deutschen Einflußbereich Europas. Bei der Planung der Nisko-Aktion war Eichmann aber nicht ganz so originell, wie Heydrich wahrscheinlich meinte.

Schon unter dem Datum vom 19. September 1939 findet sich in den Unterlagen der Zentralstelle Mährisch-Ostrau ein Schreiben des Grenzpolizeikommissars Mährisch-Ostrau an die Staatspolizeistelle Brünn, aus dem hervorgeht, daß bereits am Vortage (18. 9. 1939) in einer Besprechung zwischen Dr. Stahlecker und einem Regierungsrat Dr. Hermann „ein Abschub von mehreren tausend Juden nach Galizien in Aussicht genommen war"[30]. Möglicherweise ging es dabei um eine Strafmaßnahme, weil, wie es hieß, Ostrauer Juden jüdischen Flüchtlingen aus dem Protektorat vor Ausbruch des Krieges beim Überschreiten der polnischen Grenze Hilfe geleistet hätten. Es ist sehr naheliegend, daß Eichmann von seinem Freund Stahlecker von diesem Vorhaben erfuhr, es in seinem Kopf zu einem umfassenden Plan entwickelte und diesen Heydrich schon vor der mehrfach erwähnten Besprechung der Judenfrage am 21. September 1939 im RSHA vortrug. Das würde nicht nur Eichmanns überraschende Teilnahme an dieser Sitzung erklären, sondern auch, daß er in den Ausführungen, die Heydrich dort machte, eine grundsätzliche Billigung seines Planes erblickte. Denkbar ist ebenfalls, daß Eichmann erst nach dieser Sitzung und nach seiner Rückkehr nach Prag am 29. September von dem Stahlecker-Hermann-Plan erfuhr und deshalb dann Mährisch-Ostrau als Ausgangspunkt des ersten „Mustertransportes" wählte.

Nach Abbruch der Nisko-Aktion ging Eichmann nach Berlin und avancierte dort zunächst zum Leiter der Reichszentrale für jüdische Auswanderung. Das kleine Lager

[30] Zentralstelle Mährisch-Ostrau, Cz 3 h 11/1.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Zarzecze aber blieb und stabilisierte sich einige Monate lang als rudimentäre, episodische Form eines Umsiedlungs-Lagers mit einer gewissen jüdischen Verwaltungsautonomie, in dem es humaner zuging als zur gleichen Zeit in den meisten Stätten des polnischen Judentums. Die bemerkenswerte Geschichte dieses Lagers, die eine Aufzeichnung verdiente, kann hier nicht erzählt werden. Einzigartig war aber schließlich die Modalität seiner Auflösung. Die 501 Lagerinsassen, die sich am 14. April 1940 noch in Zarzecze bei Nisko befanden, erhielten aufgrund einer Weisung des Höheren SS- und Polizeiführers in Krakau an diesem Tage Entlassungsscheine ausgehändigt und die Erlaubnis, nach Mährisch-Ostrau oder Wien zurückzufahren. Sie bestiegen am gleichen Tage gemeinsam einen Zug für die Rückfahrt und durften sich noch einige Zeit lang Illusionen hingeben. Das Schaustück des Mustertransportes für eine „echte" Umsiedlung, das Eichmann inszeniert hatte, bedeutete wenigstens für einen kleinen Teil der im Rahmen der Nisko-Aktion Deportierten zeitweise Begnadigung.

Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte